

CDU-Fraktion im Thüringer Landtag  
Fraktionsvorsitzender  
Prof. Dr. Mario Voigt

- per Mail

**Steffen Dittes**  
Mitglied des Thüringer Landtages  
Fraktionsvorsitzender

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Telefon 0361 - 377 2608  
Telefax 0361 - 377 2416

dittes@die-linke-thl.de  
www.die-linke-thl.de

## Initiative für gute Löhne

Erfurt, 19.11.2022

Sehr geehrter Herr Voigt,

in der Bewertung des von der Bundesregierung vorgeschlagenen Bürgergeldes trennen uns – das hat die Debatte im Thüringer Landtag deutlich gezeigt – die Positionen. Ihrer Kritik an der Neuausrichtung der Grundsicherung für nicht Arbeitslosengeld I berechnete Erwerbslose haben Sie vor allem damit begründet, dass sich „Arbeit lohnen muss“.

Ich stimme ausdrücklich zu, dass diejenigen Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, von dieser auch angemessen leben können und durch Einzahlungen der von der Lohnhöhe abhängigen Rentenbeiträge auch eine armutsfeste Alterssicherung haben müssen. Die Realität sieht aber oftmals anders aus. Etwa ein Drittel der Arbeitnehmer:innen in Thüringen profitiert derzeit vom gesetzlichen Mindestlohn, der angesichts des allgemeinen Preisniveaus und der sich derzeit vollziehenden Preisspirale weder einen angemessenen Lebensstandard noch eine ausreichende Sicherung im Alter ermöglicht. In der Regel werden ergänzende staatliche Leistungen zur sozialen Absicherung insbesondere für Alleinerziehende und Familien mit Kindern notwendig.

Der gesetzliche Mindestlohn ist aber ohnehin nur eine Mindestsicherung für die Arbeitsbereiche, in denen keine Tarifverträge die Lohnhöhen und -entwicklungen im Rahmen der Tarifautonomie regeln. Gerade die Lohndifferenz zwischen tarifgebundenen und nichttarifgebundenen Branchen zeigt die Notwendigkeit der Erhöhung der Tarifbindung zum Erreichen des Ziels auskömmlicher Löhne. Wenn nur etwa jedes fünfte Unternehmen und nicht einmal die Hälfte aller Arbeitnehmer:innen in Thüringen einem Tarifverbund unterliegen, wird der Handlungsbedarf zur Sicherung guter Löhne sichtbar. Gute Löhne sind mit Blick auf die notwendige Arbeits- und Fachkräftegewinnung in Thüringen in den nächsten Jahren nicht nur sozialpolitisch, sondern auch aus der Perspektive der Entwicklung Thüringens als Standort für Unternehmen und Handwerk zwingend erforderlich.

Ich möchte Sie bei Ihrem Wort, dass sich Arbeit lohnen muss, nehmen und schlage Ihnen eine gemeinsame politische Initiative mit dem Ziel vor, für auskömmliche und gute Löhne zu sorgen. Konkret kann ich mir die Verabredung und Unterstützung von Initiativen

- zur breiten und kontinuierlichen Werbung gegenüber in Thüringen ansässigen Unternehmen für einen Beitritt zu einem Tarifverbund,
- zur rechtlichen Anpassung, die eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen fördert,
- zur Schaffung von Voraussetzungen, die eine Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerung von Firmenteilen auf Subunternehmen gewährleisten,

- zur bundesweiten Gültigkeit regionaler Tarifverträge und kompletter Entgelttabellen per Rechtsverordnung gemäß Arbeitnehmerentendegesetz,
- zur Abschaffung und Überführung von Mini- und Midijobs in uneingeschränkt sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse,
- zur Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns um einen Inflationsausgleich auf 13,50 Euro,
- zur Erweiterung der Mindestlohnberechtigten um Beschäftigte unter 18 Jahren, Beschäftigte, die sich vor Beschäftigungsbeginn in Langzeitarbeitslosigkeit befanden und Auszubildende,
- zur Nichtverrechnung von Zuschlägen für Sonntags-, Schicht- oder Mehrarbeit sowie Sonderzahlungen mit dem Mindestlohn,

sowie in eigener landespolitischer Verantwortung eine Initiative zur Ausweitung der Tariftreuregelung auf Kommunen und Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung und zur Anpassung des vergabespezifischen Mindestlohns auf 13,50 Euro vorstellen.

Sehr geehrter Herr Voigt,

gerne komme ich mit Ihnen und den Kolleg:innen der SPD und Bündnis90/Die Grünen, an die ich mich im gleichen Sinne gewandt habe, ins Gespräch darüber, welche konkreten Initiativen in welcher geeigneten Form zur Stärkung der Löhne in Thüringen ergriffen werden.

Neben den positiven Effekten für Arbeitnehmer:innen und Unternehmen in Thüringen würde davon auch das politische Signal ausgehen, dass trotz aller unterschiedlichen Positionen in einer Vielzahl von Fragen durch unsere Parteien ein gemeinsames politisches Agieren im Sinne der in Thüringen lebenden Menschen möglich und Politik in Thüringen handlungsfähig ist.

Ich freue mich auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Dittes